



Verkehrsfragen

Reichsbahn — Kanalbau

Bei der Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums wies Berichterstatter Dr. Du a a h (Dnall) auf den Kampf zwischen Reichsbahn und Kraftverkehre hin. Man könne die Entwicklung eines neuen Verkehrsmittels nicht zugunsten eines alten droffeln. Es frage sich aber, ob die Lasten für den Straßenbau gerecht verteilt seien. Der Berichterstatter schilderte die schlechte Geschäftslage der Reichsbahn, forderte Aufklärung über die finanzielle Wirkung der Werkstättenreform und fragte, welche Reichsbahn-Direktionen aufgehoben werden sollten. Ferner forderte er Klarheit über die Kanalpläne der Regierung. Dem Vornehmen nach plane die Reichsregierung die Gründung einer Gesellschaft mit ausländischem Kapital für den Ausbau des Mittelkanals beschleunigt, während der Ausbau des Wasserstraßennetzes im Osten ins Hintertreffen gerate. Die Reichsregierung handle damit im Widerspruch zu ihrer festen Zusage. Auch in anderer Beziehung seien die Verkehrsverhältnisse im Osten verbesserungsbedürftig. Der Südflügel des Mittelkanals, zu dessen Ausbau die Reichsregierung sich gegenüber Sachsen verpflichtet habe, werde sich nicht rentieren. Auch der Neckarkanal entspreche keinem wirtschaftlichen Bedürfnis. Der Main-Donau-Kanal werde über drei Viertel Milliarden Mark verschlingen.

Reichsverkehrsminister v. Gu é r a r d führte aus: Die Organisation des Reichsverkehrsministeriums wird zur Zeit durch den Reichsparlamentarismus geprüft. Nach Abschluß dieser Prüfung werde ich darüber berichten. Die geforderte Vereinheitlichung der Verkehrspolitik ist auch das Ziel, das ich mir für das Reichsverkehrsministerium gesetzt habe. Man kann die Vereinheitlichung aber nicht durch Ausschaltung des Wettbewerbs im Verkehrswesen herbeiführen. Nur die ungesunde Konkurrenz muß bekämpft werden. Der Minister kam dann auf die Lage der Reichsbahn zu sprechen. In dem besten Jahr 1913 haben sämtliche deutschen Staatsbahnunternehmungen zusammen in Gestalt von Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschulden und von Ueberhöhen insgesamt eine Milliarde aufgebracht. Demgegenüber betrage die Belastung der Reichsbahn heute rund eine Milliarde. Die Ueberhöhen der Reichsbahn aus der Beförderungsteuer an das Reich müssen auf einen bestimmten Höchstbetrag festgesetzt werden. Dieser Auffassung widerspreche zur Zeit noch der Reichsfinanzminister. Aber ohne diese Begrenzung sei die Kreditfähigkeit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nicht zu heben. Schließlich hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft eine Dividende von 35 Millionen zu zahlen für den gesetzlichen Anteil des Reiches (500 Millionen) an den Vorzugsaktien und die politischen Lasten in Höhe von 275 Millionen zu tragen. Die Gesamtbelastung beträgt also rund 1300 Millionen gegenüber 1000 Millionen in dem Blütejahr 1913. Der vorläufige Abschluß der Reichsbahn 1930 zeige einen Einnahmestückgang von 790 Millionen. Die Reichsbahn sei genötigt gewesen, zum Bilanzausgleich bereits den größeren Teil ihres Anteils an der Young-Anleihe zu verwenden. Auch muß sie die Dividendendrücklage bereits für die Zahlung der Dividende in Anspruch nehmen. Falls der Verkehr nicht eine starke Wiederbelebung erfahre, bestehe die Gefahr, daß die Garantienpflicht des Reichs für die Dividenden praktisch werde. Eine weitere Tarifsenkung sei kaum möglich. In Zukunft werde die Reichsbahn beabsichtigte Schließungen von Werkstätten ein halbes Jahr vorher der Reichsregierung mitteilen. In absehbarer Zeit sei eine Schließung weiterer Ausbesserungswerke nicht beabsichtigt.

Das Gesetz über die Regelung des Kraftwagenwettbewerbs solle den Streit Kraftwagen-Eisenbahn möglichst mildern. Ohne eine Herabsetzung der Tarife der Klassen A und B der Reichsbahn werde es darüber aber zu keiner Einigung kommen. Auch die Kampf-Tarife, die sich zum Teil zur Begünstigung einzelner Industriezweige ausgewachsen hätten, müßten allmählich wieder abgebaut werden.

Im Straßenbau sei es in mühseligen Verhandlungen gelungen, ein einheitliches Netz durchgehender Straßen für ganz Deutschland festzulegen. Der Ausbau dieses Netzes werde aber davon abhängen, ob es möglich sein werde, der Reichsregierung aus dem Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer Mittel zur Verfügung zu stellen, um diesen Ausbau zu unterstützen. Er sei entschieden gegen den Bau besonderer Autostraßen und deren Finanzierung durch die Erhebung von Verkehrsabgaben. Deutschland sei zu arm, um seine beschränkten finanziellen Kräfte für solche Luxuswege aufzuwenden.

Ueber die Luftfahrtsfragen behielt sich der Minister seine Ausführungen bis zur Einzelberatung vor. Es werde augenblicklich im Reichsverkehrsministerium ein Plan auf etwa zwei bis drei Jahre aufgestellt, um auf allen Gebieten der Luftfahrt ein einheitliches Vorgehen zu erreichen.

Auf dem Wasserstraßengebiet sei die gewünschte Planmäßigkeit noch nicht zu erreichen gewesen. Der Minister hoffe jedoch, daß Geld für diejenigen Kanalbauten, die rentabel sind, nach dem gesunden alten Grundsatz nicht aus laufenden Haushaltsmitteln, sondern aus Anleihen aufzu-

bringen sei. Der Mittelkanal stehe an erster Stelle. Zweifellos sei der Südflügel für den Mittelkanal eine schwere wirtschaftliche Belastung. Es liegen aber Bindungen durch Staatsverträge für den Südflügel vor.

Der Neckarkanal soll zunächst nur bis Heilbronn kanalisiert und 1938 fertig werden. Im gleichen Zeitraum soll die Rhein-Main-Donau-Verbindung im Main aufwärts bis Würzburg und die Niedrigwasserregulierung der Donau von Regensburg bis Passau geführt werden. Die erhebenden Körperschaften müssen sich also bis 1938 darüber schlüssig werden, ob diese süddeutschen Kanalbauten weitergeführt werden sollen, da die staatsvertraglichen Bindungen mit den süddeutschen Ländern nicht weiter reichen. Die Rhein-Main-Donau-Verbindung beruhe vertragsmäßig allein auf der Verwertung der dabei zu gewinnenden elektrischen Energie. In dieser Beziehung werde das große Tauerne-Projekt der AEG. vielleicht eine neue Lage schaffen.

Der Minister teilte noch mit, daß die sieben leitenden Beamten der Reichsbahn nach dem Beispiel der deutschen Minister auf 20 v. H. ihres Gehalts verzichten haben. Im übrigen werden die Gehälter der Reichsbahnbeamten um 6 v. H. gekürzt. Die Bezüge des Verwaltungsrats seien auf 10 000 Mark jährlich herabgesetzt worden.

Gerichte um Schiele

Berlin, 25. Jan. Der Vorsitzende des Preussischen Landtags, v. R o h r, übt im „Tag“ scharfe Kritik an der Agrarpolitik des Reichsernährungsministers Schiele, die die Landwirtschaft schwer enttäuscht habe. Die Führung der Landwirtschaft müsse sich an Schiele vorbei den Weg zum Kanzler bahnen und ihm klar machen, daß Schiele der Vertrauensmann der Landwirtschaft nicht mehr sei.

Einige Berliner Blätter sehen in dem Artikel ein Zeichen, daß die Stellung des Reichsernährungsministers „schwer erschüttert“ sei, nachdem ihn nun auch der Reichslandtag verlassen habe. Demgegenüber wird, in politischen Kreisen, darauf hingewiesen, daß in der Vorstandssitzung des Reichslandtags am 23. Januar, der v. Rohr anwohnte, eine Mißtrauenserklärung gegen Schiele nicht besprochen worden sei. Der Reichslandtag behalte sich seine Stellungnahme für seine Haupttagung am 2. Februar im Zirkus Busch in Berlin vor. Inzwischen werden am 27. Januar die Führer der Grünen Front in Gegenwart von Minister Schiele vom Reichskanzler empfangen, um noch einmal die Wünsche und Forderungen der Landwirtschaft, besonders hinsichtlich eines stärkeren Schutzes der Veredelungswirtschaft für Vieh, Vieherzeugnisse, Obst und Gemüse, vorzutragen. Der Entwurf über die Veredelungspläne Schieles sei vom Reichskabinett schon im Dezember beraten, die Weiterbehandlung aber wegen der Osthilfe verschoben worden; sie werden aber in den nächsten Tagen wieder aufgenommen.

Von anderer Seite wird berichtet, daß in der Vorstandssitzung tatsächlich doch ein Mißtrauensantrag gegen das Kabinett und Schiele besprochen, die Entscheidung aber der Haupttagung vorbehalten worden sei. Der Reichsernährungsminister fordere in seinem Entwurf weitere Zoll-erhöhungen für sämtliche Veredelungsprodukte, besonders Käse, und eine Verdreifachung der Holzölle. Schiele wisse, daß er damit im Kabinett und bei den Regierungsparteien bzw. der Sozialdemokratie nicht durchdringe, deshalb wolle er sich auf diese Weise einen ehrenvollen Austritt sichern.

Neue Nachrichten

„Novemberverbrechen“

Karlsruhe, 25. Jan. Der badische Minister des Unterrichts und der Justiz, Adam R e m m e l e (Soz.), hat dieser Tage eine kriegspolitische Studie „Novemberverbrechen“ erscheinen lassen, die im Landtag Gegenstand einer völkisch-parteilichen Interpellation war. Die Anfrage wandte sich vor allem dagegen, daß der Verfasser Schriftstücke und Mitteilungen veröffentlicht habe, die aus Dienstaten stammten. Er habe also das Dienstgeheimnis gebrochen und mit seiner Agitationschrift außerdem alte Wunden wieder aufgerissen. Auch von demokratischer Seite wurde gesagt, daß der Minister zum mindesten keine glückliche Hand gehabt habe. Von der Regierung wurde gefragt, Remmele habe die Akten zum Teil privat gesammelt.

Winkelzüge um die deutschen Beschwerden

Genf, 25. Jan. Der Völkerbundsrat hat die deutschen Beschwerden gegen Polen als letzten Punkt auf die Tagesordnung der Samstagssitzung gesetzt, angeblich weil diese Angelegenheit ebenso wie die Memelfrage noch nicht genügend geklärt sei. Der Pole Jaleski hat in den Besprechungen am Freitag einige Zugeständnisse gemacht, mit denen Dr. Curtius sich aber nicht einverstanden erklärte. Ein Vergleichsvorschlag, den der Japaner Yoshizawa im

Einvernehmen mit Briand und Henderson ausgearbeitet hatte, wurde von Dr. Curtius abgelehnt. Am Samstag vormittag fand darauf eine Besprechung zwischen Curtius, Yoshizawa, Briand und Henderson statt, die über eine Stunde dauerte. Man einigte sich, daß die juristischen Sachverständigen der japanischen, deutschen, französischen und englischen Abordnung bis nachmittags 3 Uhr einen neuen Vorschlag aufsetzen und den vier Ratsmitgliedern vorlegen sollen. Falls er dann angenommen würde, solle er Jaleski zur Annahme vorgelegt und dann gegebenenfalls der öffentlichen Nachmittagssitzung des ganzen Rats zur abschließenden Behandlung übergeben werden.

Die deutschen Beschwerden erledigt

Yoshizawas Bericht angenommen

Genf, 25. Jan. Nachdem die Juristen der vier Abordnungen in einstündiger Beratung einen Einigungsentwurf über die deutschen Beschwerden gegen Polen verfaßt hatten und der Entwurf den Abordnungen zugestellt worden war, erstattete der Japaner Yoshizawa in der Nachmittagssitzung des Rats Bericht. Der Bericht spricht von „anormalen Bedingungen“, unter denen sich die polnischen Wahlen vollzogen haben und die eine Verletzung der Vertretung der deutschen Minderheit im polnischen Parlament herbeigeführt haben. Die polnische Regierung bestreite nicht, daß sich dabei „Zwischenfälle“ ereignet haben. Yoshizawa empfiehlt, sich über die materielle Seite nicht auszusprechen. Die Vorfälle in Oberschlesien, Pommern etc. seien von einer Schwere und einem Ausmaß, daß sie in zahlreichen Fällen als Verletzung der Art. 75 und 88 der Genfer Konvention bezeichnet werden müssen. Bezüglich der polnischen Behörden müsse zwischen der unmittelbaren und der mittelbaren Verantwortlichkeit unterschieden werden. Die polnische Regierung habe dem Rat in Genf mitgeteilt, daß alle Fälle „untersucht“ und 125 von den 277 dem (polnischen) Gericht übergeben worden seien. In 17 Fällen sei bereits Anklage erhoben. Gegen 17 Beamte sei ein Dienstverfahren eingeleitet und 9 von ihnen haben bereits eine „Rüge“ erhalten, was der Rat zur Kenntnis nimmt. Die mittelbare Verantwortung sei besonders heftiger Art. In der Wojewodschaft Oberschlesien sollte alles vermieden werden, was die Gemüter erregt, und dies gelte besonders für die Beamten, je höher sie seien. Andererseits sei nachgemessenermaßen der polnische „Ausländischer Verband“ nicht von dem Geist für friedliches Nebeneinanderleben befeelt. Ein solcher Verband dürfe nicht auch noch in einem so gefährlichen Gebiet in einer Weise mit Vorrechten ausgestattet werden, daß dies den Interessen der Minderheit Abbruch tun könne. Es bestehe daher mangels eines anderen Mittels das Interesse, daß die polnische Regierung die Beziehungen der Behörden zu dem Verband löse. Es sei unerlässlich, daß man bei der deutschen Minderheit wieder ein Gefühl des Vertrauens erwecke, das tief erschüttert zu sein scheine. Der Rat erwarte in seiner nächsten Tagung Kenntnis nehmen zu können von den Entscheidungen, die die polnische Regierung inzwischen getroffen habe.

Der Rat hat den Bericht Yoshizawas angenommen.

Abüstungskonferenz am 2. Februar 1931

Genf, 25. Jan. Der Völkerbundsrat hat in geheimer Sitzung beschlossen, die Abüstungskonferenz für den 2. Februar 1932 nach Genf einzuberufen. Der Vorsitzende soll durch den Rat im Mai ernannt werden. Die technische Vorbereitung liegt in den Händen des Generalsekretariats und des Berichterstatters Quinones de Leon. Die Abüstungskonferenz soll im Anschluß an die Januartagung des Völkerbundsrats (25. Januar) im nächsten Jahr stattfinden. Für die Wahl des tschechischen Benesch und des griechischen Politis als Vorsitzende hat sich keine Mehrheit gefunden.

Die belgischen Rüstungspläne

Brüssel, 25. Jan. Kriegsminister Broqueville erklärte im Parlamentsauschuß für Landesverteidigung, Belgien brauche starke Verteidigungswerke, damit man nicht ähnliche Erfahrungen wie 1914 mache. In einem kommenden Krieg müsse Belgien sofort 350 000 Menschen auf die Beine stellen. Bei einem Angriff könne man auf die Unterstützung Frankreichs zählen. Die französische Grenze gegenüber Deutschland habe eine Länge von 200 Kilometer, für die Frankreich vier Milliarden belgische Franken aufwende; Belgien habe 209 Kilometer zu verteidigen, wofür man nur zwei Milliarden verlange.

Wie man in Polen Kriegsorden erwirbt

Warschau, 25. Jan. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ berichtet, daß dem ehemaligen Kommandanten des berüchtigten Militärgefängnisses von Brest-Litowsk, Oberst Kosiel-Biernacki, das Unabhängigkeitskreuz mit Schwertern verliehen worden ist. Oberst Kosiel-Biernacki war der Hauptschuldige an den Misshandlungen der in Brest-Litowsk eingekerkert gewesenen Polentler.

Die Feierschichten der Reichsbahn

Dresden, 25. Jan. Die drei Eisenbahnerorganisationen haben beim Arbeitsgericht Dresden eine Klage gegen die Reichsbahn wegen Einlegung der Feierschichten anhängig gemacht, und zwar werden zunächst 7000 Mark Lohnschulden eingeklagt, die auf Grund der Einzelvereinbarungen über Feierschichten am letzten Jahrtag abgezogen worden waren.

Seherstreik in der Frankfurter Zeitung

Frankfurt a. M., 25. Jan. Die Direktion der Frankfurter Zeitung hat dem Seherpersonal zwecks Lohnkürzung gekündigt, worauf die Seher in den Ausstand traten. Das gestrige erste Morgenblatt ist nicht mehr erschienen. Heute fanden Einigungsverhandlungen statt.

Caual übernimmt die Kabinettsbildung

Paris, 25. Jan. Nachdem Briand die Neubildung des Kabinetts abgelehnt hatte, übertrug Staatspräsident Doumergue dem Senator Laval die Bildung des Kabinetts.

Die Skandale in Frankreich

Paris, 25. Jan. Verschiedene Blätter weisen darauf hin, daß die öffentlichen Skandale eines immer größeren Einflusses auf die innere Politik des Landes gewinnen. In 42 Tagen sind zwei Kabinette darüber gestürzt: das Kabinett Laval dieu über den Dufreyc-Scandal und das Kabinett Steeg nach nur 40tägiger Amtierung über den Skandal der Getreidespekulanten. Die Ursache sei, daß das Spekulantentum einen immer größeren Einfluß in der Politik, besonders im Parlament gewinne und Leute aus ihren Reihen in die Ministerium zu bringen wissen. Die Aufdeckung der Skandale, wenn man überhaupt von Aufdeckung sprechen wolle, erfolge dann nicht, um Klärung zu schaffen, sondern um möglichst viel Schlamm aufzuwühlen und das Wasser noch mehr zu trüben. Durch die Mächtigkeiten der Getreidespekulanten, die den Getreidepreis in die Höhe trieben, nachdem sie die Inlandernie von den Landwirten in ihre Hand gebracht hätten, sei die Regierung gezwungen worden, sechs Millionen Doppelpentner Auslandgetreide zu kaufen, um einer Verteuerung des Brots entgegenzutreten. Der Staat sei also auch durch die Spekulation geschädigt worden.

Unter der Präsidentschaft Doumergues ist die gegenwärtige Ministerkrise bereits die sechzehnte.

Severing in Stuttgart

Stuttgart, 25. Jan. In der Stadthalle hielt gestern abend der preussische Innenminister Severing eine Kampfspreche für den republikanischen Volksstaat und gegen die nationalsozialistische Werbung. Das Jahr 1931 müsse das Jahr der Mobilisierung aller Republikaner sein. Als alter Praktiker dürfe er fragen, wie sich die öffentliche Ruhe und Ordnung sollte aufrechterhalten lassen, wenn man die Sanierung der deutschen Wirtschaft allein auf Kosten der armen Schichten durchführen wolle. Das deutsche Bürgerum sei in den letzten Jahren wirklich nicht tapfer und aktiv gewesen und stehe mit befremdlichem Fatalismus der Hakenkreuzdemagogie gegenüber. Erfreulicherweise sei angefangen, die Hiltlerpest die republikanische Gegenwehr aufgemacht. Die Republik werde bald mit der Hiltlerkrankheit fertig werden. Ihr Terror im Inland müsse durch die aktive Republikaner gedrohen werden. Maulfächer und blaue Brillen gebe es für die Republikaner nicht, wenn ihnen der Kampf mit den Fäulten aufgezwungen werden sollte. In seiner Schlussansprache wandte sich Reichstagsabg. Dr. Schumacher scharf gegen die Hiltlersche „Vürgerkriegsagitiation“.

Stuttgart, 25. Jan. Das Staatsministerium hat dem Präsidium des Landtags seine Stellungnahme zum Gutachten des Reichsparkommissars zugehen lassen.

Ulm, 25. Jan. Landw. Bezirksverein. Der landw. Bezirksverein hielt am Samstag unter dem Vorsitz von Landesökonomierat Schmid seine Jahresversammlung ab. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verein 1860 Mitglieder zählt, die sich auf 40 Ortsvereine verteilen. Der Verein verfügt auch über eine Fohlen- und Jungviehweide, eine Brandschadenhilfe und eine genossenschaftliche Viehverwertung. Die Landwirtschaftsschule zählt 56 Schüler. Im Bezirk Ulm bestehen 2 landw. Bezugs- und Abfahrgenossenschaften, 2 Mählengenossenschaften, 24 Darlehensvereine und 13 Molkereigenossenschaften. Durch die genossenschaftliche Viehverwertung kamen im verflohenen Jahr 1233 Stück Vieh mit einem Gesamterlös von 371 078 M. Wert zur Ablieferung. Die Brandschadenhilfe umfaßt 1569 landw. Anwesen mit einem Gesamtschadigungswert von 337 884 Zeninern. Es fand je ein gut besuchter Herbst- und Frühjahrsmarkt statt. Eine Reihe von Gemeinden haben Gemeindefaßgutacker angelegt und konnten mit Preisen bedacht werden. Die Viehweide war mit 20 Fohlen, 39

Die Mutter

Roman von Lola Stein.

10. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Er war ein Mann, ein Kind, ein Junge. Was mußte er von Frauenarbeit, was von den tausenderlei Dingen, die täglich getan werden mußten, um einen Haushalt sauber, frisch und behaglich zu gestalten? Er hatte alles stets nur tadellos getan und es so selbstverständlich hingegenommen, wie es war. Mochte er weiter so ahnungslos leben.

Aber Uschi war doch schließlich auch eine Frau. Wenn auch verwöhnt und verzogen, mußte sie doch eine Ahnung von dem haben, was zu den Obliegenheiten einer Hausfrau gehörte. Würde sie wirklich Udos törichten, kindischen Worten widersprechen?

Aber Uschi küßte hingebungsvoll ihren Mann und sagte nichts.

Da erhob sich Ellen. Ein Würgen war in ihrer Kehle. Sie wollte doch hier vor ihren glücklichen Kindern nicht weinen.

„Ich bin müde,“ sagte sie, „ich gehe zu Bett. Richtet euch nicht nach mir, Kinder. Bleibt ruhig noch ein Stündchen zu zweien auf.“

Kein Widerspruch erfolgte. Man ging im allgemeinen sehr spät im hollischen Hause schlafen. Udo arbeitete oft abends, oder es kamen Freunde und man saß bei langen Gesprächen die halben Nächte beisammen. Ellen hatte nie Müdigkeit gezeigt, sie war immer bewunderungswürdig frisch gewesen.

Aber Udo schien es gar nicht aufzufallen, daß sie heute müde war, daß sie sich so früh zurückzog. Er hatte so viel

Kindern und 1 Farren besichtigt. Im Mittelpunkt der Vortragsammlung stand ein Vortrag von Prof. Dr. Münzinger-Hohenheim über „Bauernot und Bevölkerungspolitik“.

Konfessionsstatistik der Universitäten

Die Hochschulstatistik für das Sommersemester 1930 bringt bemerkenswerte Angaben über die konfessionellen Verhältnisse der Studierenden. Es studieren an deutschen Universitäten etwas mehr Evangelische und etwas weniger Katholiken und viertel so viel Juden (darunter allerdings zahlreiche Ausländer), als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Im ganzen Reich waren von 100 Studenten 65,8 evangelisch, 27,5 katholisch und 4,3 jüdisch. Die meisten Evangelischen wiesen die Universitäten Halle (92,8 v. H.), Jena (91,9) und zwischen 80 und 90 v. H. Leipzig, Greifswald, Marburg, Rostock, Göttingen, Königsberg, Kiel, Hamburg, Gießen und Tübingen auf, die meisten Katholiken Münster (66 v. H.), Würzburg (59,3), Köln (58,7), Bonn (53,9). Von Juden waren über den Durchschnitt besucht die Universitäten Berlin (10,7 v. H. der Gesamtzahl der Studierenden), Frankfurt (9,6), Heidelberg (8,7), Freiburg (7,5), Breslau (6,7). Die inländischen Evangelischen widmen sich besonders der Geschichte und Geographie, der Philosophie und Pädagogik, der Mathematik und Physik. Der Anteil an Rechts- und Staatswissenschaften liegt etwas unter dem Reichsdurchschnitt der Universitäten. Die Katholiken haben starkes Interesse für Medizin, Volkswirtschaftslehre, alte und neue Sprachen. Sie behaupten in der Rechtswissenschaft ihre Positionen.

Präsidentenwahl in Finnland

Helsingfors, 25. Jan. In der Vorwahl zu der am 16. Februar stattfindenden eigentlichen Wahl des neuen Staatspräsidenten für die nächsten 6 Jahre wurden 300 Wahlmänner gewählt: Konservative Partei, Kandidat Ministerpräsident Soini 64 Mandate; Liberal-sozialistische Partei, Kandidat: der frühere Präsident Stahlberg; 52 Mandate; Landbündler, Kandidat Kammerpräsident Kallio; 69 Mandate; Sozialdemokraten, Kandidat Direktor Tanner; 90 Mandate; Schwedische Volkspartei; 25 Mandate.

Württemberg

Stuttgart, 25. Januar.

Von der Technischen Hochschule. Prof. Dr. Doetsch hat eine Berufung an die Universität Freiburg erhalten.

Studentische Schulungstagung über das Deutschtum im Ausland. Die 3. Stuttgarter Schulungstagung der Deutschen Studentenschaft über das Deutschtum im Ausland fand vom 20. bis 23. Januar als gemeinsame Veranstaltung des Grenzlandamts der Deutschen Studentenschaft und des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart im Haus des Deutschtums statt. Sie war insgesamt von rund 250 Studierenden von fast allen Hochschulen des deutschen Sprachgebiets besucht.

Beilegung des Tarifstreits im württl. Holzgewerbe. Nach fast 13stündigen Verhandlungen vor dem Schlichter für Süddeutschland ist gestern gegen Mitternacht in dem Tarifstreit für das württl. Holzgewerbe, in dem es bereits zu größeren Arbeitsniederlegungen gekommen war, eine Vereinbarung zustande gekommen. Danach soll die Arbeit am kommenden Dienstag zu Löhnen, die um 5-6 Prozent ermäßigt werden, wieder aufgenommen werden. Die Erklärungsfrist läuft bis Sonntag, doch ist die Vereinbarung von den beiderseitigen Vertretern bereits unterzeichnet worden.

Gas und Elektrizität werden billiger. Wie die „Südd. Zeitung“ hört, hat die Finanzkommission des Gemeinderats eine nichtöffentliche Sitzung abgehalten, in der eine Ermäßigung der Tarife bei Gas und Elektrizität um je einen Pfennig beschlossen wurde.

Mühlengener Raubüberfall. Vor dem erweiterten Schöffengericht Stuttgart hatten sich der 22. J. a. ledige Hilfsarbeiter Reinhold Baumgärtner und der 23. J. a. Kristi Eugen Dietrich, beide vor. Bornang, zu verantworten. Sie hatten am 5. Dez. v. J. eine 75jährige Witwe in der Militärstraße, die einen Kolonialwarenladen führt, zu überfallen versucht, mußten jedoch flüchten und konnten festgenommen werden. Baumgärtner, der schon einmal einen Raubüberfall verübt hatte, erhielt eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 4 Monaten, Dietrich eine solche von 1 Jahr 4 Monaten. Gegen beide wurde auf je 3 Jahre Ehrverlust ertannt.

Denkt an die hungernden Vögel!

anderes zu denken. Und es war ja doch auch am süßesten, mit einer holden jungen Frau allein zu sein.

„Gute Nacht, Schabi,“ sagte er, und küßte die Mutter flüchtig.

„Gute Nacht, Mama,“ wünschte auch Uschi und verbarg nicht einmal ihr zufriedenes Gesicht. Das war eine vernünftige Idee von der Mutter, früh schlafen zu gehen.

Ellen aber sah an diesem Abend noch lange auf dem Rand ihres Bettes in dem schmalen, kalten Zimmerchen, das nur ihr alleiniges Reich war. Sie sah regungslos mit ineinander geklammerten Händen und einem starren Gesicht. Ihr fehlte die Energie, sich zu entkleiden, und sie wußte ja auch, daß sie noch lange keinen Schlummer finden würde.

Ich habe meinen Jungen verloren, dachte sie wieder. An eine fremde Frau, die er mehr liebt als mich, weit, weit mehr.

Sie konnte diesen Gedanken nicht fassen und nicht begreifen. Und sie vermochte es nicht, sich innerlich auszuöhnen mit dem, was unabwendbar war.

IX.

Uschi wuschte Staub. Sie tat es sehr ungerne, aber es mußte ja sein. Daß sie irgend etwas hier in diesem Haushalt, der nun auch ihr gehörte, tun mußte, empfand sie selbst. Nur um den guten Willen zu zeigen. Denn an ihrer Arbeitskraft war nichts gelegen. Hier funktionierte ja alles tadellos ohne Geräusch und Gerede darüber. Und wenn sie morgens spät aufstand, war ihr wirklich nur das Staubwischen und Aufräumen ihres eigenen Schlafzimmers übrig gelassen. Alles andere hatte Ellen, die Frühlingshebin, schon besorgt.

Die Wohnung war teils mit, teils ohne Frau Lehmann in Ordnung gebracht, das Frühstück bereit, für das Mittag-

Aus dem Lande

Feuerbach, 25. Jan. Große Schlägerei. In einer nationalsozialistischen Versammlung im Stahlfischen Saal, in der Abg. Prof. Wergenthale sprach, kam es zu einer schweren Schlägerei mit Kommunisten, die die Versammlung sprengen wollten. Von Stuttgart wurde das Leberfallommando herbeigerufen, da sich der Kampf, nachdem die Kommunisten aus dem Saal gedrängt waren, auf der Straße fortsetzte. Die Polizei wurde von den Kommunisten mit Steinen beworfen und ein Beamter im Gesicht verletzt. Ein Nationalsozialist erlitt durch einen stumpfen Gegenstand eine stark blutende Kopfwunde. Auch drei Kommunisten wurden verletzt.

Heilbronn, 25. Jan. Freigeprochen. Das Schwurgericht hat den 24. J. a. ledigen Landwirt Karl Kern von Oberdingen, O. A. Maulbronn, von der Anklage des Meineids freigeprochen.

Gaildorf, 25. Jan. Gegen die Aufhebung des Amtsgerichts. Dem Vernehmen nach sollen die Vorschläge der Regierung zur Reform der württl. Staatsverwaltung die Aufhebung von 9 Amtsgerichten, darunter auch des Amtsgerichts Gaildorf, vorsehen. In einer gemeinsamen Besprechung haben Vertreter von Stadt und Bezirk Gaildorf, des Handels- und Gewerbevereins, des Bezirksbandwerkerbunds, des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins und des Bezirksbauernbunds in einer Entschließung die württl. Regierung und den Landtag gebeten, von der Aufhebung des Amtsgerichts Gaildorf abzusehen.

Weikersheim O. A. Wergentheim, 25. Januar. Amtsjubiläum. Bürgermeister Kraut kann am 25. Januar d. J. auf eine 25jährige Dienstzeit als Stadtvorstand in Weikersheim zurückblicken.

Gmünd, 24. Jan. Tagung und Ausstellung. Am 7. und 8. März findet in Gmünd der Landesverbandstag der württl. Mietervereine statt. Am 15. März wird die Bundesausstellung der Vereine der Hundefreunde hier abgehalten werden.

Unterhausen O. A. Reutlingen, 25. Jan. Verkehrsunglück. Als der Bahnangestellte Böhringer und seine Ehefrau mit einem Wagen in die Wilhelmstraße einbogen, kam ihnen der Motorradfahrer Beh aus Hanau entgegen und stieß mit der Frau zusammen. Bewußtlos, mit gebrochenem Arm und Kopfverletzungen wurde die Frau nach Hause gebracht. Der Motorradfahrer wurde schwer verletzt.

Obernorf a. N., 25. Jan. Freiwilliger Verzicht. Die Dienstaufwandsentschädigung des Stadtvorstands, die bisher in freier Wohnung bestand, wurde auf dessen eigenen Vorschlag gekürzt. Der Stadtvorstand bezahlt jetzt eine monatliche Miete von 40 Mark, wodurch sich seine Aufwandsentschädigung um 480 Mark jährlich ermäßigt.

Trossingen, 25. Jan. 14 Arbeitsveteranen bei Matth. Hohner A. G. Auch in diesem Jahr konnte einer größeren Anzahl von Werksangehörigen der Matth. Hohner A. G. für langjährige treue Mitarbeit die König-Karl-Jubiläumsmedaille verliehen werden, ein Zeichen für das gute Einvernehmen, das bei der Firma Hohner zwischen Werksleitung und Arbeiterchaft besteht. Die 14 Jubilare, denen Direktor Ernst Hohner bei einer schlichten Feier den Dank der Firma aussprach, erhielten ein ansehnliches Geldgeschenk.

Neu-Ulm, 25. Januar. Unglücklicher Schuß. — Betrug. In Neu-Ulm traf infolge unvorsichtigen Hantierens mit dem Zerzerol ein 20jähriger Bursche sein fünfjähriges Schwesterkind in den Bauch, so daß es schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Der Bücherrevisor Hermann Giese, der in Weihenhorn eine Austunftei mit Wirtschaftsberatung betrieb, ist wegen Untreue und anderer Vermögensdelikte festgenommen worden. Eine größere Anzahl von Personen ist schwer geschädigt.

Herbrechtingen O. A. Heidenheim, 25. Jan. Das verzehte Pfandobjekt. Vor einiger Zeit wurden bei einem Arbeiter vom Gerichtsvollzieher drei weiße Kaninchen und 1 1/2 Raummeter Buchenkleinholz gepfändet. Zu der angelegten Zwangsversteigerung waren mit dem Gerichtsvollzieher verschiedene Kaufstehhaber erschienen, aber sie mußten mit leeren Händen abziehen. Die Hasen waren in der Zwischenzeit gegessen und das Holz war zum Einheizen verwendet worden. Unangenehm für den Schuldner ist nur, daß die Angelegenheit nicht ohne gerichtliche Folgen bleibt.

Obermarchtal, O. A. Ehingen, 25. Jan. Wald statt Felder. Das hiesige Kloster- und Mädchenpensionat Maria Heimlichung hat bei der Fürstl. Thurn- und Taxischen Verwaltung darum nachgesucht, den Acker des etwa 80 Morgen großen Defonomieguts aufzulösen. Die Herrschaft beabsichtigt nunmehr, die betreffenden Felder gegen

essen eingekauft. Zuweilen war Ellen noch unterwegs, wenn das junge Paar endlich erschien, blieb Ellen meistens weilen pukte sie auch schon Gemüse oder schälte Kartoffeln in der Küche.

Uschi war es unangenehm, daß die Schwiegermutter so früh aufstand. Aber Ellen behauptete, sonst nicht fertig zu werden, auch sei sie es gewöhnt, nicht länger zu schlafen.

Udo war immer ein Langschläfer gewesen. Und da er sich seinen Tag und seine Arbeit einteilen konnte, wie es ihm am liebsten und am bequemsten war, so hatte die Mutter ihm nie hinein geredet. Er hatte in seinem Arbeitszimmer den Morgenkaffee genommen, und Ellen hatte ihm dabei Gesellschaft geleistet.

Zeit mußte der Tisch im Speisezimmer bis zehn, zuweilen bis elf Uhr mit dem Frühstücksgeschirr gedeckt bleiben. Die Wohnung war weniger ordentlich dadurch. Und wenn das junge Paar sich an den Frühstückstisch setzte, zu in ihrer Küche, da keiner ihre Gesellschaft verlangte.

Uschi hatte auch einige male den schwachen Versuch gemacht, früher aufzustehen. Aber Udo ließ sie einfach nicht. Er ließ sie überhaupt nicht von seiner Seite, er behauptete, sie zu jeder Minute zu gebrauchen. In den vier Wochen, seit sie verheiratet waren, hatten sie sich noch keine einzige Stunde getrennt.

Im Nebenzimmer arbeitete Udo. Eben hatte Uschi ihn verlassen, um den dummen Staub zu wischen, der ja doch jeden Tag wiederkam. Schon jetzt hatte sie Sehnsucht nach ihm. Sie schob die Tür leicht ein wenig auseinander und lugte in sein Zimmer.

Er saß am Schreibtisch, aber er arbeitete nicht. Er blickte ihr entgegen, lächelte, als er sie sah und breitete die Arme aus.

(Fortsetzung folgt.)

Feiler von hiesigen Grundbesitzern umzutauschen, um dann diese Grundstücke zu einem Wald aufzuforsten.

Dürmentingen, 25. Jan. Niedlingen, 25. Jan. Brand. Gestern abend sind Wohn- und Wohnneugebäude des Landwirts Max Schmid bis auf den Grund niedergebrannt. Mobilien, Vieh und Geräte konnten gerettet werden.

Waldee, 25. Jan. Vom Kloster Reute. Das Kloster Reute gibt über seine Arbeitsleistungen im Jahre 1930 folgende Uebersicht: Kranke gepflegt 59 241, Nachtwachen 31 082, Tagespflegen 596 353, Stundenpflegen 677 425, erste Hilfeleistung 9003, Verbände angelegt 5432, Essen getragen 57 612, Gaben (vom Mutterhaus und drei größeren Anstalten) an Wäsche und Kleidungsstücke 12 343, Spitalisten 618, Pflegen 2243, Gefellen 1027 (Wandergesellen 3385), Studenten 255, Haushaltungsschülerinnen 511, Nähmädchen 6183, Insassen des Mädchenheims 572 (durchreisende Dienstmädchen 914), Handarbeitschülerinnen 11 893, Kinderschüler und -schülerinnen 11 751, Krippenkinder 402, Rettungsschüler (Mädchen) 92, Obdachlose 12 243, Sonntagsmädchen 2638, Seminaristen 50, Hort-Kinder 85, schwachsinige Kinder (Rosenhartz) 164.

Weingarten, 25. Jan. Todesfall. Freitag mittag wurde R. M. North, Privatmann, im 74. Lebensjahr beiläufig. Er war zu Sulz im Elsaß geboren und erlebte die Schlacht von Wört, die am 6. August 1870 in der Nähe seines Heimatorts geschlagen wurde. Im Haus seiner Eltern waren Großherzog Friedrich von Baden, Kriegsminister A. v. Roon u. a. inquartiert; auch ein schwerverwundeter französischer Offizier und späterer General fand dort sorgsame Pflege. Seine Mutter geb. Schneider zeichnete sich durch ihr tapferes Verhalten auf dem Schlachtfeld aus. Sie trug mit ihrer Naht zusammen die Verwundeten aus der Feuerlinie und erhielt als Anerkennung den preussischen Krukenorden und eine französische Medaille. Der Verstorbene machte große Reisen. Sein einziger Sohn kämpfte im Weltkrieg von der Mobilisierung an auf deutscher Seite, geriet als Offizier im Frühjahr 1918 in französische Gefangenschaft und wurde aus dem Elsaß ausgewiesen.

Friedrichshafen, 25. Jan. Einbruchdiebstahl bei Dr. Eckener. In der Villa von Dr. Eckener wurde in der vergangenen Nacht ein Einbruch verübt. Dabei wurde der Silberschrank ausgeraubt, und es kam Silberbesteck im Gesamtwert von etwa 1500 RM. abhanden. Dr. Eckener ist zur Zeit verreist.

Vöngersingen, 25. Jan. Ständige Pfarrei. Am letzten Mittwoch zog Pfarrei R. Daur von Bottenhausen als erster ständiger Pfarrei der evangelischen Gemeinde hier auf. Er wird am Sonntag feierlich in sein Amt durch den Dekan von Ravensburg eingeführt. Vöngersingen gehörte bis vor kurzem zur Stadtpfarrei Friedrichshafen und erhielt 1914 ein eigenes Pfarrhaus mit Schule.

Vom bayer. Allgäu, 25. Jan. Schwere Straßeneinbruch. — Brand. — Vorsicht in den Bergen. Das Schöffengericht Kempten hat den 20 J. a. Schreiner Adolf Hölzl aus Mündchen zu 1 Jahr 2 Monaten, den 26 J. a. Hilfsarbeiter Ludwig Engelbrecht aus Rissing zu 3 Jahren und den 50 J. a. Metzger Rupert Brenner aus Dillingen zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wegen Straßenraubs und gefährlicher Körperverletzung. Sie hatten auf der Straße von Schellendorf nach Durach einen Tagelöhner überfallen, mißhandelt und seiner Barchaft beraubt. — In Kellmünz ist im Kaufhaus Josef Haas Feuer ausgebrochen, das rasch um sich griff, wodurch ein größerer Schaden an Waren und Gebäuden entstand. — Durch den nassen Schnee in den Bergen und der damit verbundenen Lawengefahr ist bei Touren die allergrößte Vorsicht geboten. Die hochgelegenen Schneespitzgebiete im Obersdorfer und Sonthofener Gebiet sowie am Nebelhorn weisen einen guten Zustand auf.

Lokales.

Wildbad, den 26. Januar 1931.

Schneebericht. Wildbad-Sommerberg: Schneehöhe bei der Bergstation 18 Zentimeter trockener Schnee, 1,5 Grad Kälte, im Tal 1,5 Grad Wärme, bewölkt, Nordwestwind; gute Schibahn. Grünhütte: Schneehöhe 25 Zentimeter, Pulverschnee, 2 Grad Kälte; gute Schibahn.

Aus der Generalversammlung des Turnvereins. Der Turnverein hielt gestern nachmittag im Vereinslokal „Alte Linde“ seine Hauptversammlung ab, die leider etwas geringer besucht war, wie die vorjährige. Die Verhandlungen wurden wieder ausgezeichnet geleitet durch den bewährten 1. Vorsitzenden Adolf Stern, der sich gewandt seiner schweren Aufgabe entledigte. Wenn wir heute einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen nicht bringen, so geschieht dies aus dem Grunde, daß ein Antrag von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, der besagt, daß die Berichte des Turnvereins künftig nur noch vom Schriftführer, beziehungsweise Vereinspresswart, an die Zeitungen geliefert werden darf, um Vorkommnissen aus letzter Zeit vorzubeugen. So bald uns der Bericht vorliegt, werden wir denselben beschlußgemäß veröffentlichen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Wildbad, hielt am gestrigen Sonntag im Gasthaus zum grünen Hof seine Generalversammlung ab. In seiner Begrüßungsansprache gab der Vorsitzende, Kamerad Bott, seiner Genugtuung über den guten Besuch der Versammlung, der besser sei, als der der vorausgegangenen, Ausdruck. Nach Verlesung des Protokolls wurde das Gedenken der Toten durch Erheben von den Sigen geehrt. Der Vorsitzende gab sodann seinen Jahresbericht. Der Mitgliederstand beträgt 75; Versammlungen fanden drei statt, außerdem wurden Tagungen in Calmbach und Calw besucht. Der schriftliche Verkehr war auch im abgelaufenen Jahr wieder stark; außer zehn Schreiben allgemeiner Natur mußten noch 25 Schreiben für Berufungen und ähnl. erledigt werden. In seinem Jahresrückblick kam der Vorsitzende auch auf die Notverordnungen zu sprechen. Nachdem verschiedene Kategorien von der Zahlung der Bürgersteuer befreit seien, müsse die Frage aufgeworfen werden, ob nicht auch die Kriegsbeschädigten berechtigt seien, von der Steuer ausgenommen zu werden. Dasselbe sei bei der Krankenschein- und Arzneikostengebühr zu verlangen, bei der wohl ein teilweiser Erfolg erlangt worden sei. Mit Dankesworten an die bisherigen Funktionäre und daß immer am Aufbau des Versorgungswesens gedacht werden müsse, nicht am Abbau, schloß der Vorsitzende seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. — Der Kassenbericht ergab an Einnahmen 875 Mark, Ausgaben 820,99 Mark, Kassenbestand 45,01 Mark, Vereinsvermögen 251,84 Mark, die Kasse wurde geprüft und für richtig befunden. Dem Kassier wurde der Dank ausgespro-

chen und Entlastung erteilt. — Die Kewahlen gingen rasch von statten, da der alte Vorstand und Ausschuß wiedergewählt wurde. Er setzt sich aus folgenden Kameraden zusammen: Christ. Bott, 1. Vors.; Herm. Wildbrett, 2. Vors.; Gust. Sigt, Kassier; Adolf Gauß, Schriftführer; Robert Bauerl und Konr. Eugenhan, Beisitzer; Eugenhan und Steinle, Revisoren. — Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden die verschiedensten Gegenstände behandelt, z. B. die Verzeigung, die Beitragsfrage an den Bezirk, die Bezirksfürsorgestelle, die Stellenbesetzung in hiesiger Gemeinde usw. Die Aussprache über die einzelnen Punkte war sehr interessant und führte auch auf das Kapital Heimindustrie. Für diese Heimindustrie konnte sich eigentlich niemand erwärmen. Ein Weg, die Erwerbslosigkeit zu mildern, bestehe darin, den Wohnungsbau, namentlich den Kleinwohnungsbau, mit allen Mitteln zu fördern. Der Vorsitzende wies noch darauf hin, daß am 1. März die Bezirksgeneralversammlung hier stattfindet. Am gleichen Tag soll ein Film vorgeführt werden, betitelt „Mahnruf der Kriegssopfer“; der Film wurde von der zuständigen Reichsstelle als volksbildend anerkannt und hat bei der Uraufführung in Berlin freudige Aufnahme gefunden. — Ein gemütlicher Teil, der sehr harmonisch verlief und so recht den Zusammenhalt der Kameraden und Kameraden der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes zeigte, beschloß die für alle Teile guterlaufene Versammlung.

Ein Winteridyll. (Eingesandt). Wessen Herz schlägt nicht höher, wenn ihn sein Weg nach Einbruch der Dunkelheit über Bindhof-Kernerstraße zur Stadt zurückführt. Alte Romantik erlebt vor seinen Augen trotz aussichtslosen Bemühens einiger kümmerlicher Gaslaternen, Licht in das Dunkel der Nacht zu bringen. Während zur Rechten seines Wegs der Meistern steil und wuchtig emporsteigt, wird die noch etwa zweieinhalb Meter breite Straße zur Linken von einem etwa 6-700 Meter langen, mannshohen Erdwall steil abwärts umfäumt. Ab und zu sucht ihn ein bläuliches Irrlicht in den Abgrund zu führen (manche Leute sagen, es sei das Dauerflämmchen einer nichtleuchtenden Gaslaterne, zu welcher der Zugang verbaut sei) doch rechtzeitig wird er durch den erwähnten Erdwall daran gehindert, oder auch durch einen in der Straße liegenden Stein, der ihn zum Stolpern und dem Boden der realen Tatsachen näher bringt. Verwundert erhebt er sich und geht weiter seines Wegs, — sofern er den Grabenrieg im Westen kennen gelernt hat, durch die aufgetürmten Erdmassen aufs angenehmste hienan erinnert. Selbst der lähmende Reiz der Gefahr fehlt nicht ganz, zumal wenn Schnee und Eis den schmalen Hofweg zum spiegelnden Parquet gemacht haben. — Hufschläge hinter ihm, ein verspäteter Langholzwagen kommt in langsam schwerem Schritt heran. Er will weiter gehen. Da — was ist das! — Brennende Helle in den Augen. Gebendet steht er im Lichtkegel eines ihm entgegenrasenden Lastwagens. Rechts der Meistern, links der Erdwall, — gerade erreicht er noch den Kamm des letzteren, als der Wagen vor ihm und vor dem Fuhrwerk zum Halten kommt. Einer muß weichen, aber wohin! Der Kraftfahrer schimpft und flucht. Rückwärts wird eingehalten. Von seiner hohen Warte beobachtet unser Freund den vorsichtig rückwärts kriechenden Lastwagen, der nach 200 Schritten Krebsgang endlich eine Ausweichmöglichkeit gefunden hat. Teils noch mit gelindem Schreck im Herzen, teils die Brust geschwellt von dem Hochgefühl überstandener Gefahr und alpiner Gipfelfreude, verläßt unser Wanderer das imposante Gebirge. Einige kleinere Ausläufer desselben passiert er noch in der Kurve beim Herzhäuschen, wo natürlich das bereits erwähnte blaue Irrlicht nicht fehlen darf. — Kurz darauf umbraust ihn das Getriebe der winterlichen Badelstadt. Beim Erholungsschoppen erfährt er bedauernd von einem Gerücht, wonach diese reizvolle Neuerung schon nach Pfingsten wieder verschwinden soll. Schade, wo doch die Kurgäste immer etwas Neues sehen und Interessantes erleben wollen. —

Die Frauenarbeitschulen

Aus den Kreisen der Frauenarbeitschullehrerinnen wird uns zu der Entschlieung des Württ. Städtetags vom 9. Januar 1931 geschrieben: Der Württ. Städtetag beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der zeitgemäßen Frage: Wie können die Gemeinden auf dem Gebiet des Schulwesens durch entsprechende Maßnahmen Ersparnisse erzielen? Man spürt den Beschlüssen für die verschiedenen Schulgattungen im allgemeinen an, daß man sich dabei der unerfreulichen Auswirkungen bewußt war und deshalb so schonend als möglich vorging. Nur bei einer Schulart merkt man von dieser Bereitwilligkeit, zu schonen, nichts, bei den Frauenarbeitschulen. Hier geht man radikal vor, und man beschließt, den Tagesunterricht — und damit tatsächlich die Schule selbst — „allmählich abzubaue“. Als Grund für diese Maßnahme ist „die rückläufige Bewegung der Frauenarbeitschulen“ angegeben.

Unsere Schulen hatten nach Kriegsende jahrelang einen vorher nie gekannten Zulauf, der mit den Erfahrungen der Kriegsjahre und mit den damaligen allgemeinen Verhältnissen zu erklären ist. Seit 4-5 Jahren ist jene Flut wieder in Abflauen begriffen, wir sind zu normalen Schülerzahlen zurückgekehrt, die denen der Vorkriegszeit etwa entsprechen. Vergleicht man die statistisch festgehaltenen Schülerzahlen von 1914 mit denen von 1930, so ergibt sich noch ein nicht unbedeutendes Mehr für 1930. Und das, obwohl durch die Einführung des 8. Schuljahres von einzelnen Gemeinden gerade in den letzten Jahren, vorübergehend ein Jahrgang ausgefallen ist und der Geburtenausfall in den Kriegsjahren sich jetzt natürlich auch in unseren Schulen auswirken muß. Berücksichtigt man außerdem, daß infolge der gänzlichen Umgestaltung unserer wirtschaftlichen Lage heutzutage der größte Teil der Mädchen nach der Schulentlassung sofort in den Beruf oder in die Berufsausbildung eintritt — denkt man an die stete Verbreitung der Konfektion, an den raschen Wechsel der Mode, der eine sorgfältige Arbeit an Wäsche und Kleidern, wie sie die Frauenarbeitschulen pflegen, diesen gar nicht mehr zeitgemäß erscheinen läßt, so muß man doch sagen: Eine Schule, die trotz all dieser und noch manch anderer ungünstiger Umstände sich behaupten kann, hat damit ihre Lebensberechtigung, ja ihre Lebensnotwendigkeit erwiesen. Von einer „rückläufigen Entwicklung der Frauenarbeitschulen“, die eine so einschneidende Maßnahme wie den Abbau des Tagesunterrichts gerechtfertigt erscheinen ließe, kann jedenfalls nicht gesprochen werden.

Als Erlaß für den Tagesunterricht sieht die Entschlieung des Städtetags die „Einführung von Abendkursen“ vor. Weitens die Mehrzahl der Frauenarbeitschulen hat Abendunterricht — in der Hauptsache für Berufstätige — für Hausfrauen — schon seit Jahren neben den Tageskursen durchgeführt. Wir erkennen darin einen notwendigen Bestandteil unserer Gesamtaufgabe. Aber auch nur einen Teil! Eine Schule nur mit Abendkursen hätte keine Lebensfähigkeit.

Der zweite Teil der Entschlieung des Städtetags wendet sich gegen den Versuch, in den Frauenarbeitschulen hauswirtschaftlichen Unterricht einzuführen. Der Gedanke einer Zusammenfassung von Handarbeit- und Hauswirtschaftsunterricht an unseren Schulen ist von uns seit Jahren als zweckmäßig anerkannt und die Möglichkeit, ihn durchzuführen, erwogen worden. Im Mai 1930 haben wir durch eine Entschlieung, die wir den maßgebenden Stellen unterbreiteten, diese dafür zu interessieren und zu gewinnen versucht. Es handelt sich dabei nicht, wie die Entschlieung des Städtetags annimmt, um einen Versuch, die Frauenarbeitschulen durch Einführung hauswirtschaftlichen Unterrichts künstlich zu erhalten, sondern um das Bestreben, die Einrichtungen unserer Schulen den veränderten Zeitverhältnissen anzupassen und damit der Jugend zu dienen. G. Roth.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Todesfall. In Allenstein ist Generalmajor a. D. Hell nach kurzem Leiden gestorben. Der Verstorbene war mehrere Jahre während der Kriegszeit Kommandeur des 20. Reservekorps mit dem Sitz in Allenstein. Während der Winterkriechen an den Naturischen Seen führte Generalmajor Hell das 9. Armeekorps. Seit mehreren Jahren gehörte er dem Vorstand der Landesgruppe der Deutschnationalen Volkspartei an. Er hat sich um die Errichtung des Nationaldenkmals bei Hohenstein verdient gemacht.

Der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der bayerischen Presse und der Kreisgruppe Oberbayern des Vereins deutscher Zeitungserleger, Major a. D. Ferdinand Müller, Verleger des „Freisinger Tagblatts“, ist am Samstag im 54. Lebensjahr in München einem schweren Leiden erlegen.

Das amerikanische Handelsamt über die deutsche Geschäftslage. Das Handelsamt in Washington veröffentlicht auf Grund eines Funkberichts seines Berliner Vertreters einen Uebersicht über die deutsche Geschäftslage. In Industrie und Handel sei noch keine Besserung zu bemerken. Auf beiden Gebieten erweise sich die Uebersatigantation als ein Hindernis beim Preisabbau. Dagegen habe sich der Ausfuhrhandel gut behauptet. Die deutschen Staatsfinanzen seien unter dem Rückgang der Steuereinnahmen bei gleichzeitiger Zunahme der durch die Arbeitslosigkeit verursachten öffentlichen Lasten.

Die „Baden“ vor dem Seeamt. Vor dem Seeamt in Hamburg wurde am 23. Januar die Beschleung des Hapag-Dampfers „Baden“ am 24. Oktober v. J. im Hafen von Rio de Janeiro während der brasilianischen Revolution behandelt. Das Gericht entschied, daß den Kapitän Kollm infolange eine Schuld treffe, als er den brasilianischen handschriftlichen Vermerk zum Auslaufen habe, daß er bei Annäherung an das Fort Santa Cruz durch Signale noch einmal besonders — ungewöhnlich — um die Erlaubnis zum Ausfahren aus dem Hafen zu ersuchen habe, nicht gelesen habe. Die Hauptschuld liege aber auf brasilianischer Seite, weil man ein falsches Signal für die Ausfahrt gegeben habe. Der angelegte Warnungsschuh, der so große Verheerungen anrichtete und viele Menschenleben kostete, sei jedenfalls schlecht gezielt gewesen.

5000 Gulden für den goldenen Federhalter von Locarno. Eine Versicherungsgesellschaft im Haag hat der Stadt Locarno als Entschädigung für den nach der Internationalen Friedens- und Völkerbundausstellung im Haag plötzlich vermischten historischen Federhalter von Locarno, mit dem die Minister des Aeußeren die Verträge von Locarno unterzeichneten, 5000 Gulden ausbezahlt. Trotz eingehender Untersuchungen hatte sich nicht aufklären lassen, wie der Federhalter im Haag oder auf der Reise nach dem Haag abhanden gekommen war.

Ein Fernseh-Klangfilm. Im Chicagoer Rundfunk wurde vor kurzem ein Fernseh-Klangfilm dramatisch übertragen. Die Uebertragung des kleinen Stüdes, das unter dem Titel „Der Traumkünstler“ das alte Thema von Pierrot und Pierrette behandelt, wird als ziemlich gut bezeichnet. Die Gesichter der Darsteller waren in den Empfangsapparaten allerdings nicht ganz klar zu erkennen. Zur Ausschaltung von Nebengeräuschen mußten die weitestgehenden Vorbereitungen getroffen werden. Da das Geräusch von Stiefelsohlen bei der Uebertragung wie ein Gewitter und das Rauschen der Kleider wie ein Sturm geklungen hätte, mußten die Schauspieler in Socken, die Schauspielerinnen in Sandalen spielen. Die Kleidung bestand aus ungestärkter Baumwolle, und selbst das Tragen von Taschenuhren war während der Aufnahme unmöglich.

Untererschlagung. Der Rentmeister der Amtskasse Unna-Ramen (Westf.) hat sich der Polizei gestellt, nachdem er in den letzten Jahren 40 000 Mark veruntreut hatte.

Mord? Die 55 Jahre alte Wehgers- und Gastwirtswitwe Karolina Frank in München wurde in ihrer im Erdgeschoß eines Hauses der Gravelotte-Straße gelegenen Wohnung tot aufgefunden. Da eine Nachbarin Hilferufe aus der Wohnung gehört hatte, scheint die Frau Frank ermordet worden zu sein. Aeußere Verletzungen wies die Tote allerdings nicht auf.

Einbruch. In das Juweliergeschäft von Ludwig Groß in Mannheim beim Marktplatz drangen nachts Einbrecher ein und stahlen Wertfachen im Betrag von etwa 25 000 RM. Der Verlust ist durch Versicherung gedeckt.

Feuer in einem Kinderheim. In dem katholischen Kinderheim St. Michael in Barmen-Elberfeld brach in der Nacht im Dachstuhl Feuer aus, das bei dem herrschenden Sturm sich bald über das ganze Dachgeschoß ausbreitete. Alle 200 Kinder im Alter von zwei bis vierzehn Jahren konnten gerettet werden. Das Obergeschoß des Hauses wurde vollkommen zerstört. Der Schaden ist beträchtlich.

Grubenunglück in Indien. In der Goldgrube von Kods, Regentst. Madras, stürzte ein Felsen ab und begrub viele Arbeiter unter sich. 8 wurden getötet, 100 verletzt.

Erdbeben auf Java. In der Nähe des Vulkanst. Slamet auf Java fand ein starkes Erdbeben statt. Hunderte von Hütten der Eingeborenen sind zusammengestürzt; 18 Menschen sind umgekommen, viele verletzt worden.

Auf Grönland herrscht seit Dezember mildes Wetter. Die deutsche Expedition scheint nicht mehr in Gefahr zu sein.

Das italienische Fluggeschwader ist unter dem Jubel der Bevölkerung am 15. Januar um 4.30 Uhr nachmittags (brasil. Zeit) in Rio de Janeiro eingetroffen. Damit haben von den 14 Wallerfluggewesen, die am 17. Dezember v. J. von dem italienischen Seeflughafen Orbetello gestartet waren, 11 Flugzeuge die 10 000 Kilometer lange Strecke in sechs Abschnitten glücklich zurückgelegt.

